

23.	06/0127	<b>Konzeption eines Monitorings für die nachhaltige          Betreuung städtischer Liegenschaften          (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom          28.02.2006)</b>	FB 9
-----	---------	--	------

In Ergänzung des Antrages führte Herr Köhler aus, dass ein solches oder ein ähnliches Konzept beschlossen werden solle, um die Funktionsfähigkeit der städtischen Liegenschaften zu gewährleisten sowie unnötige Kosten in diesem Bereich zu vermeiden.

Anschließend nahm Herr Masemann ausführlich Stellung:

Ein in wesentlichen Teilen gleichlautender Antrag vom 11.11.05 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksachen-Nr. 05/0449, sei in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30.11.05 dahingehend beantwortet worden, dass die Ergebnisse der im Einvernehmen mit dem Bau- und Vergabeausschuss beauftragten Bauzustandserfassungen für alle öffentlich genutzten Hochbauten seit 2005 vorlägen und einen Sanierungsbedarf von über 6 Mio. € (ohne technische Anlagen) ausweisen. Dies sei auch im Bau- und Vergabeausschuss am 21.09.05 und 23.11.05 mitgeteilt worden und demnach auch allen Fraktionen bekannt.

Der Zustand der städtischen Hochbauten sei ursächlich darauf zurückzuführen, dass seit langen Jahren und auch künftig aufgrund der Haushaltslage die an sich notwendigen Mittel für eine auf Werterhaltung ausgerichtete Bauunterhaltung nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies führte und führe auch künftig dazu, dass Vorfälle wie in der Vergangenheit kurzfristig erhebliche Veranlassungen zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit auslösen. Ein Fehlverhalten der Verwaltung sei daher nicht zu erkennen.

Es bestehe das Bemühen, zusätzliche auftretende aktuelle Probleme (z.B. Schimmelbelastung) kurzfristig einer Lösung zuzuführen. Im Hinblick auf die Ereignisse in Bad Reichenhall wurden umgehend die notwendigen Überprüfungen veranlasst. Erste Ergebnisse würden in der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 21.03.06 vorgetragen.

Vor diesem Hintergrund bedürfe es keiner neuen Verfahrensregelung.

Herr Wagner vertrat die Auffassung, dass auf Grund der vorstehenden Ausführungen dem Fachbereich Gebäudemanagement weitere Belastungen, die ohnehin einen zusätzlichen Personalbedarf auslösen, nicht zugemutet werden könnten. Er bestätigte ferner die ausreichende Information des Rates und der Fraktionen.

Herr Köhler merkte an, dass die beantragte Konzeption auf ein zukünftiges Vorgehen ausgelegt sei und dazu dienen solle, unvorhergesehene Ereignisse besser bewältigen zu können. Dies sei auch vor dem Hintergrund des ohnehin bestehenden Sanierungsstaus erforderlich. In der Konsequenz würde dies letztlich zu einer Arbeitsentlastung und einem Abbau von Arbeitsspitzen dienlich sein.

Anschließend lies der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

**6 Jastimmen**

**41 Neinstimmen**